

**Oliver Schulz**  
Vorsitzender

DIE LINKE.Kreistagsgruppe RKN,  
Fesserstr. 21,  
41462 Neuss  
Tel.: 0177 21 92 479  
Mail: [oliver-schulz@gmx.net](mailto:oliver-schulz@gmx.net)

## Haushaltsrede 2019

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst einmal ganz herzlichen Dank an den Kämmerer, Herrn Graul, der mit seinem Team erneut einen umfangreichen Doppelhaushalt vorgelegt hat. Vielen Dank für die viele geleistete Arbeit!

Auf den ersten Blick liegt insbesondere für das Jahr 2019 ein Haushalt vor, wie man ihn sich schöner kaum wünschen kann:

Die Kreisumlage sinkt ganz erheblich, es muss nirgends zusätzlich eingespart werden und es bleibt sogar Luft, für die ein oder andere zusätzliche Ausgabe. Ein Kreishaushalt aus dem Bilderbuch, so könnte man denken.

Bei näherem Hinsehen zeigt sich aber, dass viele Dinge nur halbherzig mit finanziellen Mitteln unterfüttert werden oder gar nicht angegangen werden.

Bestes Beispiel: 1 Million Euro für die Maßnahmen, die für den Strukturwandel erforderlich sind. Meine Damen und Herren, eine Million Euro sind der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein! Und nichts ist bezüglich dieser Million geklärt: für was wird sie konkret eingesetzt? Wer kann Mittel daraus beantragen? Was passiert, wenn das Geld in wenigen Monaten aufgebraucht sein sollte?

Meine Damen und Herren, DIE LINKE hält diese Million für ein Feigenblatt, mit dem immer argumentiert werden kann: der Kreis ist bestens auf den Strukturwandel vorbereitet und hat dies mit Geld im Haushalt unterlegt.

Aber genau das Gegenteil ist der Fall!

Der Strukturwandel wird den Rhein-Kreis Neuss so massiv treffen, wie man es sich heute kaum vorstellen kann. Die richtigen und wichtigen Umsetzungen der Klimaschutzvorgaben werden das Gesicht des Kreises nachhaltig verändern.

Bis zum Ende des Jahres 2022 werden 2700 Beschäftigte bei RWE im Rheinischen Revier ihren Arbeitsplatz verlieren. Hauptsächlich sind das Beschäftigte aus den Tagebauen und den Kraftwerken.

Beschäftigte, die dem Konzern RWE über Jahrzehnte Milliardengewinne beschert haben. Beschäftigte, die ihren Lebensmittelpunkt auch im Rhein-Kreis Neuss haben. Menschen, die sich eine Existenz aufgebaut haben, in Vereinen aktiv sind und sich in ihrer Heimatgemeinde einbringen. Menschen, die fehlen werden, wenn sie gezwungen sein werden, sich neue Arbeit zu suchen. Denn, dass diese neue Arbeit im Rhein-Kreis Neuss sein wird, ist keinesfalls sicher. Neben den menschlichen Tragödien, die dieser Verlust der beruflichen Tätigkeit bedeutet, hat dies aber auch eine Dimension für den Rhein-Kreis Neuss:

Fachkräfte, die in unserem Kreis beschäftigt waren, suchen sich Tätigkeiten, die zu einem nicht unerheblichen Teil wohl außerhalb unseres Kreisgebiets liegen werden. Das hat dann zur Folge, dass eben diese Fachkräfte fehlen, wenn es um die Neuansiedlung neuer Industrien geht.

Meine Damen und Herren, der Rhein-Kreis Neuss sollte hier rechtzeitig beginnen, sich um diese Fachkräfte zu bemühen.

Hier stellt sich aber dann auch direkt die Machtfrage- also: wer macht´s?

Das Jobcenter? Der Kreis? Die Stadt Grevenbroich?

Angesichts der engen Zeitschiene muss diese Frage umgehend geklärt werden! Und gegebenenfalls Geld in die Hand genommen werden, um die Beschäftigten zu halten. Und ob die eine Million, die im Haushalt eingeplant ist, dann reichen wird, das ist vollkommen ungewiss. Die Beschäftigten der Kraftwerke und Tagebaue brauchen ein klares Bekenntnis des Rhein-Kreises Neuss, dass sie nicht im Regen stehengelassen werden, wenn RWE den Arbeitsplatzabbau beginnt.

Meine Damen und Herren, der Haushalt ist aber auch aus weiteren Gründen zu kritisieren: Die Einnahmen sprudeln, die Ausgaben sinken, aber mutige Investitionen in die Zukunft sind weit und breit nicht zu erkennen.

Bestes Beispiel: Die Digitalisierung. Schnelles Internet auch im ländlichen Raum? Fehlanzeige! Optimale Anbindung von Gewerbegebieten an schnelles Internet? Glückssache! Jedoch steht im Raum, 5G-Modellregion zu werden, wenn Bundesmittel auf Vorschlag der Kohlekommission in den Kreis fließen.

Meine Damen und Herren, hier muss der Kreis erst einmal seine Hausaufgaben machen, bevor man sich um dieses Projekt ins Rennen bringt!

Wenn der Rhein-Kreis Neuss Digitalisierungsprojekte ernsthaft vorantreiben will, muss deutlich mehr getan werden. Man kann nicht nach dem Motto agieren: Schnelles Internet lassen wir jetzt zwar aus, aber bei 5G wollen wir ganz vorn mitmischen. Das ist unglaublich! Es bedarf einer Digitalisierungsstrategie für den Kreis, die die einzelnen Digitalisierungsprojekte in einen Gesamtzusammenhang setzt. Nur so kann der Rhein-Kreis Neuss den großen Herausforderungen, vor die ihn die Digitalisierung stellt, begegnen.

Aber- und das hat der Kreis ja in Teilen erkannt- die Digitalisierung bietet auch große Möglichkeiten, den Strukturwandel aktiv zu gestalten. Hier muss der Kreis vorangehen und das Heft des Handels endlich in die eigenen Hände nehmen.

Meine Damen und Herren, DIE LINKE vermisst in diesem Haushalt Mut. Das zeigt sich auch an einer weiteren Stelle:

Warum denkt man nicht über ein beitragsfreies, erstes Kindergartenjahr nach? Zugegebenermaßen, hier ist der Kreis nicht allein handlungsfähig, sondern er muss die Städte und die Gemeinde mit ins Boot holen. Aber was wäre das für ein starkes Signal für junge Familien! Und für die Sozialpolitik des Rhein-Kreises. Denn wie ist es in der Realität?

Angenommen, in der Kantine des NRW-Familienministeriums bestellt ein Ministerialdirigent aus Düsseldorf sein Mittagessen bei einer Küchenhilfskraft aus dem Rhein-Kreis Neuss. Die Küchenhilfskraft mit einem Monatseinkommen von 1350€ brutto, kann sich in Düsseldorf keine Wohnung leisten. Der Ministerialdirigent, mit mehr als 8700€ Monatseinkommen lebt in Düsseldorf.

Er zahlt für die Kita-Plätze seiner Kinder keine Gebühren, während die Küchenhilfskraft im Rhein-Kreis Neuss gebührenpflichtig ist. Das soll sozial gerecht sein?

Anstatt im Kreis diese Ungerechtigkeit anzugehen, wird sich aber hinter der schwarz-gelben Landesregierung versteckt und auf das geplante, beitragsfreie zweite Kita-Jahr verwiesen. Wir sind der Meinung, dass Bildung grundsätzlich kostenfrei sein sollte! Und dazu gehört selbstverständlich auch die elementar wichtige frühkindliche Bildung im Kindergarten und in der Kindertagespflege.

Ein weiteres Beispiel, wo der Rhein-Kreis Neuss noch keinen Meter vorangekommen ist, ist die Schaffung von günstigem Wohnraum. Bis zum Jahr 2030 werden im Kreisgebiet mehr als 20.000 günstige Wohneinheiten fehlen.

Der Rhein-Kreis Neuss als prosperierender Kreis zwischen Köln, Düsseldorf, Mönchengladbach und Krefeld hat hier keine Antwort auf die zentrale Frage: wie kann preiswerter Wohnraum für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden?

Seit einem Jahr warten wir auf eine Analyse der Verwaltung, die die Handlungsmöglichkeiten des Kreises ausloten soll. Seit einem Jahr! Jetzt soll es, dank der Initiative des Kollegen Carsten Thiel, endlich im Juni so weit sein. Also Juni **dieses** Jahres, nur zur Klarstellung. Aber wie läuft die Diskussion ansonsten? Mal wird eine Kreiswohnungsbaugesellschaft gefordert, mal nicht. Dann wird darüber fabuliert, dass der Kreis keine Grundstücke hat und die Gemeinden eigentlich in der Pflicht wären. Am langen Ende fehlen Ideen und, welch Überraschung, Mut! Es hat den Anschein, dass der Landrat hofft, dass das Thema bezahlbarer Wohnraum im Rhein-Kreis Neuss entweder vom berühmt-berüchtigten „Markt“ geregelt wird, oder gänzlich im Sande verlaufen wird.

Aber, meine Damen und Herren, wir haben hier ein Problem, das ohne engagiertes Handeln immer größer und größer werden wird!

Die Städte verändern sich: Die attraktiven Innenstadtlagen sind mehr und mehr den Reichen vorbehalten. Arme, Studierende, Menschen mit geringem Einkommen, Rentnerinnen und Rentner werden verdrängt. Und auch für Menschen mit mittlerem Einkommen wird es eng! Immer mehr Anteile von Lohn und Gehalt müssen fürs Wohnen aufgebracht werden und fehlen an anderer Stelle. Die Angst, sich keine Wohnung mehr leisten zu können, verunsichert viele Menschen. Die

Mietpreisbremse der Regierung ist wirkungslos: Sie hat die Explosion der Mieten nicht stoppen können. Der soziale Wohnungsbau ist weiter im Niedergang.

Die Mieten steigen, weil die Spekulation den Wohnungsmarkt erreicht. Nach der Finanzkrise und angesichts niedriger Zinsen suchen internationale Immobilienfonds und Finanzfirmen nach neuen Profitmöglichkeiten: Sie kaufen Mietshäuser und »modernisieren die Mieter heraus«: Die Bestandsmieten steigen, bei Neuvermietung oder Umwandlung in Eigentumswohnungen winken große Gewinne. Die Krise auf dem Wohnungsmarkt braucht entschlossene und schnell wirksame Maßnahmen. Es müssen Instrumente geschaffen werden, um überhöhte Mieten zu senken und Höchstmieten festzulegen.

Dies kann natürlich nicht ausschließlich der Kreis leisten, das gehört zur Wahrheit dazu. Aber da, wo der Kreis gestalten kann, da muss er sich auch einbringen. Und nun, da 16 Monate für eine Analyse und für Vorschläge ins Land gegangen sind, wird es auch höchste Eisenbahn. Die Bürgerinnen und Bürger im Kreis erwarten, dass ihre Angst vor steigenden Mieten endlich ernst genommen wird!

Sehr geehrte Damen und Herren, manchmal fehlt es aber auch nicht an Mut, aber am guten Willen: Eine Anekdote aus meiner Heimatgemeinde Rommerskirchen, die leider gar nicht lustig ist:

Das Feldbahnmuseum in Orkoven, dem über Ordnungsverfügungen der Betrieb untersagt wurde, wird nur mit bis zu 40.000€ gefördert, wenn die Gemeinde Rommerskirchen den gleichen Betrag aufbringt. Ein echter Vertrag zu Lasten Dritter, der auch noch publik wurde, nachdem die Gemeinde Rommerskirchen ihren Haushalt bereits verabschiedet hatte. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Meine Damen und Herren, Digitalisierung und Strukturwandel kommen mit einer Geschwindigkeit auf den Rhein-Kreis Neuss zu, die atemberaubend ist. Und wie reagiert der Landrat darauf? Mit einem Doppelhaushalt für die Jahre 2019 und 2020! Hier müssen wir als Linke sagen, dass wir einen Doppelhaushalt angesichts der beschriebenen Herausforderungen und Veränderungen strikt ablehnen!

Die Haushaltsberatungen und der Beschluss des Haushalts sind elementares Recht und Aufgabe des Kreistages und seiner Abgeordneten. Diese sollten jedes Jahr aufs Neue die Einnahmen und Ausgaben prüfen und bewerten, welche Haushaltsanträge sinnvollerweise gestellt werden. Dann kann- je nach Präferenz und Einschätzung der Fraktionen- kontrovers diskutiert und abgestimmt werden.

Dies muss aus unserer Sicht aber zwingend jedes Jahr aufs Neue geschehen! Der Kreistag darf nicht um die Möglichkeit gebracht werden, diese Bewertungen jährlich vorzunehmen. Und angesichts der vor uns liegenden Aufgaben ist es nicht nur eine bloße Formalie, sondern ein Doppelhaushalt ist schlicht nicht sachgerecht, sondern anmaßend.

Aus den genannten Punkten wird es sie nicht überraschen, dass wir den Doppelhaushalt 2019/2020 ablehnen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Anwesenheitsliste**

**Kreistagsabgeordnete**

Unterschrift

Oliver Schulz

Christel Rajda

**Sachkundige Bürger**

Heiner Bäther

Swen Bäther

Steffen Gremmler

Thomas Koch

Wolfgang Maier-Bode

Stefan Michalowski

Marco Nowak

Christian Weyer